

Energiearmut und Prekarität

Margret Böwe, Sozialverband VdK Deutschland

DIFIS- Workshop „Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik“, 9. Juni 2022



1. Erfahrungen des VdK

- **Beratung:** Ältere mit kleinen Renten, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderung
- **Probleme:** Rente, Krankengeld, Übergangsgeld, Arbeitslosengeld, Grundsicherung etc. reicht nicht mehr, um die Steigerungen bei den Energiepreisen abzufangen



2. Berichte der Betroffenen

- „im Winter mache ich oft nicht die Heizung an, sondern lege mich ins Bett unter die Decke“
- „als ich die Stromnachzahlung hatte, konnte ich wochenlang nur Toast mit Margarine und Kartoffeln essen“
- „das Sozialamt hat dann zwar die Jahresstromrechnung bezahlt, aber deswegen bekomme ich jetzt jeden Monat noch weniger Geld und ohne die Lebensmittel der Tafel würde ich gar nicht über die Runden kommen“



3. Auswirkungen bei den Betroffenen

- Verbrauch unter Bedarf drosseln → gesundheitliche Folgen
- Mangel in anderen existenziellen Bereichen, wie Ernährung, Medikamente, Bekleidung
- Verschuldung
- Im schlimmsten Fall: keinen Zugang zur Energie mehr

4. Daten

- Energiearmut: keine offizielle Definition
- nach 10 Prozent-Regel im Jahr 2019 sechs Millionen Haushalte (17 Prozent) energiearm
- 14 Prozent sind chronisch energiearm
- Im Jahr 2019 konnten zwei Millionen Haushalte nicht richtig ihre Wohnung heizen und 289 000 waren von Stromsperrungen betroffen



5. Gründe

- **Einkommen ist zu gering**
 - Erwerbslohn reicht nicht, weil z.B. alleinerziehend oder Niedriglohn
 - Entgeltersatzleistungen oder Rente zu gering
 - Soziale Mindestsicherung, Energie nicht ausreichend berücksichtigt
- **Energieausgaben können nicht gesenkt werden**
 - Energiepreise steigen, Strom verdoppelt in letzten 20 Jahren, Heizöl verdreifacht
 - Keine energiesparenden aber teuren Geräte kaufen
 - Schlechte preiswerte Wohnungen mit hohen Energieverlusten



6. Lösungen

- **Einkommen:**

- Übernahme der tatsächlichen Stromkosten in der Grundsicherung
- Energie- und Klimakostenkomponente im Wohngeld
- Kurzfristige Anpassung der sozialen Mindestsicherungssysteme an Preissteigerungen (Krisenaufschlag)
- Kosten für Klima- und Umweltpolitik gerecht, nach Verursacherprinzip und finanziellen Ressourcen verteilen (Klima-Prämie/-Geld)



- **Ausgaben:**

- Kostenlose Energieberatungen für alle
- Einmalbeihilfen für die Anschaffung von stromsparenden Elektrogroßgeräten für einkommensschwache Haushalte
- Verbraucherfreundliche Strompreisreform (Strompreis besteht zu mehr als der Hälfte aus staatlichen Steuern, Umlagen, Abgaben)
- Kostenbeteiligung der Vermieter wegen CO₂-Bepreisung für Heizkraftstoffe

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!